

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

92 (2.4.1919) Erstes und Zweites Blatt

Wagnerspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4.80 M., monatlich 1.60 M., an den Anzeigebestellen abgerechnet monatlich 1.50 M. Auswärts durch die Post frei ins Haus abgerechnet vierteljährlich 4.92 M., Einschlußnummer 10 M.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlagsdirektor: Oskar Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Votales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Heilkunde: Carl Seifemeier; für Literatur: Karl Kaufmann; Druck und Verlag: E. A. Müllerische Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Wochenschrift: Dr. Kurt Dietrich, Friedenau, Regelfstraße 65/66. Teleph. Amt Umland 2902. Für unerreichte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Mäntelnduna erlaubt, wenn Porto beifügt ist.

Anzeigen: Die Anzeigen werden in der ersten Spalte des Blattes abgedruckt. Die Anzeigen werden in der ersten Spalte des Blattes abgedruckt. Die Anzeigen werden in der ersten Spalte des Blattes abgedruckt.

116. Jahrg. Nr. 92. Mittwoch, den 2. April 1919. Erstes Blatt.

Das badische Kabinett.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der Verfassungsausschuss beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Einrichtung der Ministerien und der Verteilung der Ressorts unter sie. Es ist nach langen zuvorgehenden Verhandlungen der Fraktionen die Zahl von 7 Ministerien angenommen worden: 1. Militärische Angelegenheiten, womit das Präsidium verbunden werden soll, welches jedoch durch die Veranlagung aus der Zahl der gewählten Minister erst ernannt werden soll; 2. Auswärtiges; 3. Finanzen; 4. Inneres; 5. Justiz; 6. Kultus und Unterricht; 7. Soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten.

Die wesentliche Änderung besteht in der Abänderung eines besonderen sozialen Ministeriums aus dem großen Geschäftskreis des Ministeriums des Innern. Ihm ist wohl mehr aus äußerlichen als aus innerlichen Gründen der gesamte Geschäftsbereich der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus angegliedert worden, sowie die Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei, während dem Ministerium des Innern von wirtschaftlichen Angelegenheiten die Landwirtschaft, die Förderung von Handel, Handwerk und Industrie, die Mittelstandspflege, das Ernährungswesen verbleibt. Man war allseitig der Ansicht, daß die detaillierte Aufzählung der einzelnen Geschäftszweige wohl in Zukunft noch hier und da Änderungen erfahren wird, daß es aber dennoch vor, sie durch Gesetz fest durch ministerielle Verordnung festzustellen, zumal in Zukunft solche gesetzliche Änderungen keine großen Schwierigkeiten bereiten werden. Auch entschied man sich für die Einzelaufzählung, damit im Volk jederzeit bekannt sei, an welcher Stelle man sich zu wenden habe.

Was die einzelnen Zureisungen betrifft, so ergab sich eine längere Aussprache über die Frage, ob das Vorwissen vom Finanzministerium zu trennen und dem Innern zuzureiseln sei. Es wurde der Wunsch der Fortisten selber hierfür geltend gemacht, von anderer Seite aber betont, daß dieser Wunsch nur auf ein selbständiges Ministerium für Landwirtschaft und Forsten gegangen sei, von dem man abgesehen hat. Der Finanzminister hob besonders hervor, daß der Staatsbesitz an Domänen und Forsten zukünftig noch weit mehr als jetzt als Grundlage des Staatsbudgets anzusehen und schon deshalb diese dem Finanzministerium zu belassen seien. Eine Trennung der Domänen und Forsten schien außerdem nicht rätlich. So besiegte man denn die Fortisten in ihrer bisher geltenden Annahmehörigkeit.

Nach langen Erörterungen wurde das gesamte gemeinliche und kaufmännische Unterrichtsministerium dem Unterrichtsministerium übertragen und von dem bisher zukünftigen Ministerium des Innern abgetrennt. Bei aller Anerkennung der Bedeutung, die die Gewerbetreiber als Berater und Förderer des Handwerks besitzen, war man der Ansicht, daß das gesamte Unterrichtsministerium eine pädagogische Einheit bilden, daß auch auf den verschiedenen Stufen des gemeinlichen Unterrichts eine stärkere Betonung des pädagogischen Moments nur vorteilhaft sein könne. Es wurde dabei als selbstverständlich vorausgesetzt, daß in dem Unterrichtsministerium ein technischer Sachverständiger aufgenommen werde, der zugleich für eine als höchst wünschenswert erachtete Berücksichtigung der praktischen Anwendung im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht der übrigen Schulen sorgen solle. Um den fördernden Einfluß der Gewerbetreiber auf das Handwerk nicht zu schmälern, werden sie in dieser Beziehung zugleich dem Ministerium des Innern unterstellt werden. Auch das Generallandesarchiv wird in Zukunft zu dem Ressort des Unterrichtsministeriums gehören.

Dem Justizministerium endlich wurde der Fürsorgeunterricht, soweit er ihm nicht schon bisher zufließt, überwiesen.

Wenn infolgedessen über die Ministerien in Uebereinstimmung der Parteien nach rein sachlichen Beweggründen entschieden wurde, kam es leider bisher noch nicht zu einer Einigung über die Zahl der Staatsräte und ihrer Verteilung unter die Fraktionen. Die Demokratische Partei vertritt mit Entschiedenheit den Standpunkt, nachdem sie vor allen andern auf das Zustandekommen eines Koalitionsministeriums gedrungen hat, sich auch nicht bei der Bestimmung benachteiligen zu lassen, zumal sie bei der Befestigung der Staatsratsstellen besonders das Interesse der Landwirtschaft und zugleich des Bergbaus, uns jetzt vorenthaltenen Gebiets ins Auge faßt.

Vertrauliche interfraktionelle Besprechungen über den Zusammenschluß Badens mit Württemberg.

H. Aus Weimar wird uns gedruckt: Zu den Meldungen über den von Mitgliedern der Nationalversammlung angeregten Zusammenschluß Badens mit Württemberg erfahren wir, daß allerdings eine vertrauliche interfraktionelle Zusammenkunft von Badenern und Württembergern stattgefunden hat, an der u. a. auch Herr Groeber und Herr von Reber teilnahmen. Dabei erklärten sich fast alle Teilnehmer für eine engere Verbindung der beiden Staaten. Nur Dr. Diringer-Karlsruhe meinte keine grundsätzlichen Bedenken geltend und meinte vor allem auch, daß der jetzige Zeitpunkt, wo so viele andere schwierige Pro-

bleme auf uns laiten, nicht der geeignete sei, um eine neue Frage auf Tapet zu bringen. Es scheint aber festzustehen, daß sowohl in badischen wie in württembergischen Kreisen gewisse Strömungen, besonders in der Sozialdemokratischen Partei, für einen völligen Zusammenschluß der beiden Staaten vorhanden sind. Die Badener machen freilich die Einwendung, daß Württemberg aus leichtem Uebermaß erhalten könnte, denn Karlsruhe würde, auch wenn man ihm einige Landesbehörden überlässe, doch nicht dafür entschädigt werden können, daß Stuttgart die spätere Landeshauptstadt wird.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

H. Aus Weimar wird uns gedruckt:

Der Verfassungsausschuss der Deutschen Nationalversammlung berät zurzeit die Grundrechte des deutschen Volkes, die als eine gewisse Parallele zu den von der französischen Revolution bei ihrem Beginn aufgestellten „Menschenrechten“ angesehen werden können. Der Vertreter der Deutschen Demokraten hat dem Regierungsentwurf einen eigenen gegenübergestellt und begründet, der ein Meißerklein an theoretisch-politischer Einsicht, guter Fassung und einem unerschütterlichen Optimismus ist. Friedrich Naumann verfaßt das alte Ideal von 1848 mit den Forderungen des wirtschaftlichen Sozialismus von 1919 zu vereinigen. Er will unbedingt die Freiheit der Persönlichkeit des Volkes und die Rechte ihrer selbständigen Arbeit sicherstellen. Aber er will auch den modernen demokratischen oder vielmehr sozialistischen Individualismus verwirklichen mit Arbeiterräten und einem deutschen Gewerparlament, das für die politische Gesetzgebung Vorschläge leisten soll. Wenn er dann hinzufügt: „Verantwortung ist Rücksichtslosigkeit, bei Enteignung wird Entschädigung gewährt, Mittelstand und Kleinbetrieb haben ebensoviel Lebensrecht wie Großbetriebe und Staatsbetriebe“, so erkennt man wohl, wie eifrig er die bürgerliche Demokratie und Sozialismus verschmelzen will.

Aber angesichts der heutigen Wirklichkeit wird man vor solchen, noch so sympathischen, aber eben doch theoretischen, Leitlinien steifig bleiben. Denn die Wirklichkeit spricht zu uns mit schrillem Ton aus den wahnwitzigen Forderungen der wieder freitenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet, sie spricht aus den Pländerungszielen in den Hauptstädten Frankreichs, dem revolutionären Generalstreik in Württemberg und aus den bittenden Sozialisierungsversuchen der Württembergischen Regierung. Die Regierung Scheidemann hat in der höchsten Not, um Reich und Volk zu retten, den Belagerungsstand über das Ruhrrevier verhängen müssen. Wir werden sehen, wie das Gift der unabhängigen und parastatlichen Agitation weiter fließt und die Forderung selbst ihrer eigenen legislativen Verbandsleiter entsteht, um sie jügellos ihren eigenen Instinkten und ungeklärten Wünschen zu überlassen. Es ist ein schönes Wort, das in dem Artikel 38 des Naumannschen Entwurfes steht: „Das Recht des Volkes liegt in der Kultur der Massen, Vorklagen sind Vorklagen.“ Aber liegt nicht gerade in dieser kategorischen Formulierung zu viel bloße Theorie und ein gefährlicher Optimismus? Haben wir nicht mit Schaudern erleben müssen — seit dem 9. November, aber auch schon während des Krieges —, daß die Massen als solche es vorzuziehen verstehen, Kultur zu zerstören, aber keineswegs eine Kultur zu schaffen?

Es ist eben der große tragische Irrtum des Glaubens, daß Revolutionen aus sich selbst schöpferisch seien. Das sind sie nur soweit, als sie den Weg frei machen für die Entwicklung zu neuen Lebensformen für frische, bisher unterdrückte Kräfte. Wir wollen der Revolution vom 9. November danken, daß sie für vieles, was unbedingt notwendig war, die Bahn frei gemacht hat. Aber wir wollen rechtzeitig vor dem grauenhaften Irrtum warnen, der schon die französische Revolution mit schimmigen Greneln besetzt und schließlich zu der Sabeldiktatur Napoleons geführt hat. Eine Revolution ist nicht Positives, sondern etwas Negatives, und eine Revolution bis zu ihrem Extrem fortzuführen, heißt reine Zerstörung treiben und den Wahnsinn auf den Thron bringen. Ob die Scheidemannsche und Noske'sche bittere Wahrheit schon ganz erkannt haben, und ob die Erkenntnis nicht ihnen schon zu spät kommt? Ihr Aufruf an die freitenden Bergarbeiter läßt dies hoffen und befürchten. Dieser neue Streik mahnt aber uns an das Wort: „Erst leben, dann philosophieren.“ Mag das Wort Naumanns von der Kultur der Massen in die deutsche Verfassung aufgenommen werden, praktisch dürfen wir jetzt nicht vergessen, daß eine solche Kultur erst in rastloser Arbeit durch Generationen erworben werden kann auf dem Wege schriftlicher und sozialer Entwicklung. Es genügt nicht, Revolution zu machen, welche die Masse und Souveränität der Massen diskreditiert. Trotz der zahlreichen guten Massenfürher aus der alten Sozialdemokratie hat die jetzige Revolution den Beweis dafür geliefert.

Die Kultur der Massen war in Deutschland vor dem Kriege in mancher Hinsicht höher als in sehr vielen anderen Ländern. Was ihr fehlte

Wie wir auf Grund von Erkundigungen an maßgebender Stelle erfahren, sind die Berliner Wittermeldungen, die über die angeblich bevorstehende Gründung einer württembergisch-badischen Einheitsrepublik schon verschiedene Einzelheiten mitzuteilen wußten, den Tatsachen weit voraus eilend. Die in Betracht kommenden badischen Regierungsstellen haben über diese Angelegenheit irgend welche Beschlüsse noch nicht gefaßt. Selbstverständlich wird aber der Gedanke eines Zusammenchlusses der genannten süddeutschen Bundesstaaten auch an den amtlichen badischen Stellen mit dem Ernst erwogen werden, den das Projekt verdient.

an Freiheit und Freiheit, soll die neue Zeit als Frucht der Revolution ihr bringen.

Die Voraussetzung dafür aber ist, daß die Revolution als solche nicht fortgesetzt — wie gewissenlose Demagogen es wünschen —, sondern beendet wird, und daß die fanatische Nahrung der Massen durch eine demokratische, entwicklungs-fördernde Regierung autorität mit allen Mitteln unterdrückt wird. Massenkultur ist ein Ziel, aber noch keine Wirklichkeit.

Glaubens- und Lehrfreiheit in der Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Weimar, 1. April.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung letzte heute die gestern durch ein Referat des Abg. Eröber eingeleitete Besprechung über Glaubens- und Lehrfreiheit fort. An der heutigen Sitzung nahm auch der Berliner Theologe Prof. Garnaad teil. Der Artikel 30 der Verfassung bestimmt im wesentlichen die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, verbietet die behördliche Frage nach der Zugehörigkeit einer Religionsgesellschaft, macht das bürgerliche und staatsbürgerliche Recht sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern von dem Religionsbekenntnis unabhängig.

Auf die Volksschulbildung soll sich der Unterricht in mittleren und höheren Bildungsanstalten aufbauen. Das Unterrichtsministerium steht unter staatlicher Aufsicht. Der Antrag des Zentrums zu diesem Artikel will nun die Frage nach der Religionszugehörigkeit dahin formulieren, daß Auskunft nur soweit zu erteilen ist, als davon Rechte und Pflichten abhängen. Ferner soll niemand von Staats wegen zu einer kirchlichen Handlung oder Feier gezwungen oder an der Erfüllung solcher Religionspflicht verhindert werden dürfen. Der Antrag trägt mehrere neue Artikel hinzu, die in der Hauptsache bestimmen, daß Religionsgesellschaften ordnen und bemaßen ihre Angelegenheiten frei und selbständig und verleiht ihre Angelegenheiten der Wirkung des Staates. Religionsgesellschaften und geistliche Gesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach dem G.B. Sonntag und Feiertage bleiben erhalten. Im Heere, in Gefängnissen und Krankenhäusern ist Seelsorge einzurichten. Die Religionsgesellschaften bleiben im Besitz ihrer Kultusanstalten sowie ihres Bestehungsrechtes. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen unter Leitung der Religionsgesellschaften. Die theologischen Fakultäten bleiben erhalten.

Der Abg. Kahl und Dr. Delbrück treten den Anträgen des Zentrums in wesentlichen bei, jedoch mit der Maßgabe, daß die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche der Landesgesetzgebung zusteht, und daß die Religionsgesellschaften trotz der Freiheit ihrer Verwaltung den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen sind. Die Sozialdemokraten beantragen zu Artikel 30, daß die Frage nach der Religionszugehörigkeit für öffentliche statistische Zwecke gestellt werden kann, daß sie sonst aber verboten ist.

Die Danziger Frage.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Amsterdam, 1. April. In der Danziger Frage hat der von England unterstützte Standpunkt Amerikas über die französische Auffassung triumphiert. Es scheint, daß Wilson in dieser wie in anderen Fragen bis zu berechtigten Forderungen mit einem Druck gehen mußte, um Frankreich zur Wahrung seiner Forderungen zu bringen. Nach Meldungen aus englischer Quelle sei es ferner nicht ausgeschlossen, daß Litauen und Estland mit Polen vereinigt werden können. Daneben werde die Internationalisierung der Weichselmündung und die Schaffung eines Freihafens in Danzig weiter erwogen.

Ein russischer Funkspruch an das französische Proletariat.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespond.)

fr. München, 1. April. Ein russischer Funkspruch an das französische Proletariat ist in München aufgenommen und in einer Versammlung des russischen Arbeiterrates mitgeteilt worden. Er ist vom Vorsitzenden des Volksauschusses der russischen Internationale besonders an die Redaktion des „Boulevard“ gerichtet und wendet sich daneben, daß das französische Proletariat, die Arbeiter und die Bauern gegen die unartigen Arbeiter gehen sollen. Die Proletariat der ganzen Welt seien auf die Arbeiter und Soldaten Frankreichs. Der Funkspruch gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das französische Proletariat seine Waffen gegen die eigenen Feinde richten werden werde, und fordert die französischen Soldaten auf, den Befehlen nicht zu gehorchen und Widerstand zu leisten. Die französischen Arbeiter werden aufgefordert, sich gegen ihre Reiterung zu erheben.

Der Generalstreik — ein Massenmörder.

Von Dr. Otto Mugdan.

Am 26. Februar abends wurde in Leipzig der Generalstreik ausgerufen: die Eisenbahn stellte ihren Betrieb ein, die Arbeiter der Straßenreinigung, der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke und die der Straßenbahn legten sofort ihre Arbeit nieder. Leipzig lag im Dunkel, die Zufuhr von Kohle hörte auf. Die Wirkung auf die gesundheitlichen Verhältnisse trat sofort ein: die Straßen harrten vor Schmutz, der Unrat, der sich in den städtischen Markthallen und auf Marktplätzen sammelte, wurde nicht mehr entfernt, die Zufuhr von Lebensmitteln hörte fast gänzlich auf, die Nahrungsmittel, die auf dem Bahnhofsplatz lagen — darunter mehrere Wagenladungen Fisch — verderben. Die Bauern der Umgegend erklärten, erst dann wieder Milch zu liefern, wenn wieder Ruhe und Ordnung hergestellt wäre, und so konnte für die Günstigen nur noch ein halber Liter Milch zur Verfügung gestellt werden. Die Leiter einer Volksschule, deren Betrieb aufrechterhalten wurde, stellten fest, daß von 100 Kindern mehr als 58 an zwei aufeinanderfolgenden Tagen weder warmes Frühstück noch warmes Mittagessen bekommen hätten, und daß fast der vierte Teil der Schulkinder wegen Magen- und Darmerkankungen vom Unterricht wegblichen. Die Nahrungsmittel gingen aus, die Krankenzimmer, Operationsräume und Küchen konnten nicht mehr geheizt werden, Krankenwände konnte nicht mehr gewaschen, Verbandstoffe und Instrumente konnten nicht mehr keimfrei gemacht werden, da kein Gas brannte. Warmwasser fehlte, so daß die Ärzte sich nicht reinigen, die Kranken kein Bad nehmen konnten. Notwendige Operationen, insbesondere solche des Unterleibes, mußten unterbleiben, weil die durch die ungenügenden Räume herbeigeführte Verschmutzung der Eingeweide mit Sicherheit zum Tode geführt hätte. Verwundete konnten nur sehr notdürftig versorgt werden, sonst immer bedrohliche Mundinfektionen entstanden, die Lungenentzündungen nahmen erschreckend zu.

Die qualvolle Zeit, die hunderten Kranken das Leben kostete und bei tausenden Personen den Reim der langwierigen Krankheit legte, dauerte volle 19 Tage; am 10. März brach der Generalstreik durch den Abwehrstreik der gesamten Bürgerchaft zusammen. Der Teufel war durch Beschluß ausgetrieben worden! Aber schon wieder spielen einzelne Blätter der unabhängigen Sozialdemokratie mit dem Ausbruch eines neuen Generalstreiks, und als Verhütung erfährt man nur, daß die Regierung vorbereitet ist, den Streik niederzuliegen.

Jedermann ist überzeugt, daß die Schäden, die der Krieg unserem Volksgüter geschlagen hat, nur durch sogenannte Volksgüterpflege wieder einigermaßen gutgemacht werden können. Reich und Bundesstaaten errichten Volksgüterministerien und rufen sich den Gemeinden, nach Möglichkeit die Gesundheit des Volkes zu schützen und zu heben. Und da soll man warten, bis eine wirtschaftliche Bewegung die Volksgüter wieder auf befähigte Schickel. Nein, hier ist Vorbeugung ein Gebot der Stunde und besteht in folgendem: Volksgüter erfordern das Arbeitsvermögen in Betrieben, die der Versorgung mit Nahrungsmitteln, mit Wasser, Licht und Heizung oder dem Volke oder dem Gesundheitswesen dienen, unter strenger Strafdrohung verbietet. Diese Einschränkung des Streikrechtes, die mit größten Sicherungen der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter verbunden sein kann und muß, ist durch die Rücksicht auf das Allgemeinwohl gerechtfertigt.

Die Lage im Ruhrgebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 1. April. Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hat die Streikaufforderung der Spartakisten nur geringen Erfolg gehabt. Die größte Zahl der Ausständigen ist in Dortmund und Witten der Beir, von wo die Beweuna ihren Ausmarsch genommen hatte. Im Oberhausen der Beir ist nur die Rede Lahrens ausständig. Auf den Beir der Gewerkschaft Deutscher Kaiser und in Samborn wird überall gearbeitet. In den Beirien Alendorf, Werden und Sattinaen sind die Beirien Gottfried, Wilhelm und Viktoria, im Essener Beir die Beirien Antonia Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Beir Beirules, wo die Beirien schicklich ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden. Ebenso arbeiten die Beirien der Beirien Ranaenbrunn und Königin Elisabeth. Im Redlinghauser Gebiet sind die Beirien der Beirien Anouise Viktoria und Antonia Ludwiga ausständig. In Rubensdunnen ist es nirgends gekommen.

Berlin, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Der „Vorwärts“ meldet über die Lage im Ruhrgebiet u. a.: In Bochum ist ein Generalstreik bis gegen Mittag nicht ausgebrochen. In Dortmund hat der Streik bisher keinen größeren Umfang angenommen als gestern. Bei den aus Caixrop gemeldeten Schieferen sind 5 Personen getötet, mehrere verwundet worden. Aus Witten verläutet, daß der Streik dem Ende entgegenzugehen scheint. Zeitweise wurde heute wieder gearbeitet. In der Umgegend dauert der Ausstand ununterbrochen fort. Auf den Beirienlagen im Beirer Gebiet streik 4000 Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen wird. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterkraft große Erregung herrsche. In den Beirienlagen hätten die radikalen Elemente das Uebergewicht, die besonnenen Elemente würden niedergedrückt.

Systematische Selbstaushagerung Deutschlands durch die Spartakisten.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Berlin, 1. April. Der „Vorwärts“ schreibt aus der Lage im Ruhrgebiet: Der Generalstreik kommt in einem Augenblick, in dem auf eine ärmliche Wiedergabe in den verfahrenen Verhältnissen des Kohlenberaus berechnet werden konnte. Die vom Auslande kommenden Lebensmittel waren nämlich in erster Linie den Kohlenbeirien ausgedient, denn von der zu erhoffenden Verbesserung der Lebensverhältnisse war auch eine Sebung der Arbeits-

Die Volksozialisierung in Bayern.

Wie wir vor einigen Tagen mitgeteilt haben, hat der bayerische Ministerpräsident den Wirtschaftsminister Dr. Otto Neurath mit der Leitung des neu zu schaffenden Zentralwirtschaftsamtes beauftragt. Eine amtliche Erklärung weist, wie wir im Zusammenhang nach einem Bericht der 'Reichs-Ztg.' noch mitteilen wollen, darauf hin, daß die Mitteilung über die erste Sitzung des Sozialisierungsausschusses des Landtages nicht etwa die einstimmige Billigung aller Pläne Dr. Neuraths, sondern die einstimmige Annahme des von dem unabhängigen Minister Simon und dem Zentrumsgesandten Dr. Schlichtbauer vorgelegten Kompromißantrages habe zum Ausdruck bringen wollen, der dahin ging, sofort ein Zentralwirtschaftsamt für die Durchführung der Volksozialisierung zu schaffen. Die Unterorganisation dieses Amtes müsse vom zuständigen Ministerium durchgeführt werden. Das Amt habe sofort diejenigen Betriebe zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen, die der Erzeugung von Nahrung und Kleidung dienen, die Erzeugung der Reichsregierung unterliegen zu geben, daß Einfuhr und Ausfuhr so geregelt werden, daß die Inlands-erzeugung für den notwendigen Lebensmittelsbedarf zu ergänzen wird, daß ein gewisses Minimum der Lebenshaltung sichergestellt wird.

Dr. Neurath selbst hatte im Sozialisierungsausschuß des Landtages über seine Pläne etwa folgendes ausgeführt: Er denke nicht an die Sozialisierung der Betriebe, sondern an die Lebensführung der gesamten Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft. Sozialisierung heißt die Wirtschaft planmäßig durch die Gesellschaft für die Gesellschaft verwalten und Arbeit und Ertrag nach sozialistischen Grundgedanken, nach den Prinzipien der Gerechtigkeit verteilen. So zum Beispiel dürften nicht reiche Erben ohne Arbeit Geld emittieren. Niemand dürfe in wenigen Minuten auf der Börse Millionen verdienen. Die Verstaatlichung der Produktion habe nur dann Zweck, wenn Sand in Sand damit die Regelung der Verwendung geht. Es komme auf die Endverwendung an. Die Produktion müsse planmäßig einestellend werden auf die Verwendung für die Gesamtbevölkerung. Dazu müsse die gesamte Mobilität und Energiebewegung im ganzen Staat genau so belohnt sein, wie in einem einzelnen Fabrikbetrieb. Die Bürokratisierung der Wirtschaft sei aber prinzipiell abzulehnen. Genossenschaften müssen die Produktion durchführen. Sie müssen sich dem allgemeinen Wirtschaftsplan, den sie selbst mitarbeiten, unterwerfen. Innerhalb dieses Planes hätten sie dann souverän mitzuarbeiten. Damit läme ein Liebergangsgebilde zustande, ein Mittelglied zwischen Sozialisierung und der Solidarität des Mittelalters. Grundbedingung sei, kein Außenbüro aus der neuen Wirtschaft für den Einzelnen gezogen werden. Von oben sei ein Sozialisierungsplan zu setzen, keine Kommissionen, dessen Aufgabe wäre, mit weitgehenden Vollmachten jedem Widerstand zu trotzen. Nur ein Arbeiter- und Bauernrat sollte die Wirtschaft kontrollieren, nicht eine Bürokratie der Räte dürfe die Bürokratie des Kapitalismus, der Genossenschaften, der Genossenschaften ablehnen. Heute könne man die Fabrikbetriebe noch nicht kommunistisch betreiben. Vorläufig müsse in den Formen des Kapitalismus weiter gearbeitet und die sozialistische Grundidee geschaffen werden. Sineinwachen in die sozialistische Wirtschaft werde man dann ganz von selbst. Aber keinesfalls dürfe es ein Verhandeln geben mit denen, die das Unternehmertum in seiner alten Fassung belassen wollten, man werde sonst einfach durch Abstimmung den Kapitalismus für abgeschafft erklären.

Diese Ausführungen hat Dr. Neurath dann in einer großen Versammlung des Münchener revolutionären Arbeiterrates nach verschiedenen Richtungen hin ergänzt. Neurath betonte bei dieser Gelegenheit, daß Bayern sich mit solchen Plänen in einen bewußten Gegensatz zum Reich lege, dessen Sozialisierungsbestrebungen als vollkommen unzulänglich angesehen werden müssen. In der Organisation der industriellen Betriebe soll jedoch nichts Wesentliches geändert werden, nur hätten die Arbeiter selbst die Arbeitskontrolle zu übernehmen. Die Betriebsleiter würden in ihren Stellungen bleiben, falls sie aber nicht mitarbeiten wollten, als wirtschaftliche Defektware behandelt und ohne jede Abfindung entlassen werden. Dr. Neurath beritt den Standpunkt, daß der bayerische Staat den Kommunismus ein abgegrenztes Gebiet überlassen sollte, auf dem sie die ungenutzte Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ideen hätten, die der Staat selbst durch die Gewährung von Betriebsmitteln und Zuschüssen unterstützen müsse. In einer Frist von drei Jahren würde sich dann der Wert und die Lebensfähigkeit der kommunisistischen Theorien an den praktischen Beispielen erweisen haben.

Die Ruhe, die in den bayerischen Verhältnissen seit der Übernahme der Regierung durch das neue sozialistische Ministerium eingeleitet zu sein scheint, besteht nur an der Oberfläche; im Innern des Staatskörpers wühlt das Fieber einer leidenschaftlichen Agitation. Die Unabhängigen haben mit dem Räte-Gebräu die Partei der Mehrheitssozialisten vermischt, und unheimlich vorwärts geschoben. In Tag zu Tag in wachsender Maße die Eroberung immer weiterer Kreise für die Idee der totalitären Verwirklichung der extremsten Forderungen des Sozialismus. Immer unerbittlicher treten die Vorbestimmungen der diktierten bayerischen Revolution zu Tage, die dem Proletariat den endgültigen Sieg bringen soll. Die brennenden Elemente der Mehrheitssozialisten und die bürgerlichen Parteien stehen der steigenden Rute des Sozialismus müßlos oder doch wenigstens untätig gegenüber. Die Regierung aber schließt sich an, in aller Eile gegen die drohende Gefahr Dämme aufzurichten. Sie sucht die von der Unruhe und Enttäuschung getriebenen Wogen der Erregung in ruhige Bahnen zu lenken, indem sie beginnt, mit der Erfüllung ihrer Verbindungen ernst zu machen, und sich gewillt zeigt, darüber hinaus auch den härtesten sozialrevolutionären Drängen entgegenzukommen. In dieser Absicht hat sie dem Wirtschaftsminister Dr. Neurath, der erst vor einigen Wochen in München aufgetaucht ist, kurz entschlossen die Vollmacht erteilt, sein eigenes System in Bayern zu erproben und die volle Volksozialisierung des Landes nach seinen Grundgedanken durchzuführen. Die Aussicht, Bayern nach reichlich utopischen Experimenten eines Theoretikers ausgereicht zu wissen, hat im Lande lebhaftes Interesse und teilweise schon den heftigsten Widerspruch hervorgerufen.

Die Regierung, die dem Verdict entgegenwirken möchte, als sei es ihre Schuld, wenn der Staat der Verheißung nicht schon morgen auferstehe, ist angedeutet dem Gedanken nicht abgeneigt, auf einem Gebiet, das in dem Neurath'schen Programm nicht ausdrücklich berücksichtigt ist, die Sozialisierung vorzunehmen, und da es sich hierbei um die Presse handelt, so darf sie sicher sein, auch bei den unermüdeten Verfechtern der sozialistischen Richtung auf getarnter beneideter Zustimmung rechnen zu dürfen. In die Masse ist vom Anfang der Revolution an eine solche ungeheuerliche Summe von Mißachtung und Goh gegen die Presse getrieben worden, daß jedes Unrecht, das man dieser heute antut, in den urteillosen Köpfen keine Gemühtung wecken wird. Die Beside einer unbeeinträchtigten freien Meinung, die in den Reihen der Münchener Revolutionsgewalttäter stärker vertreten sind, als sie es jemals im reaktionären Lager waren, haben sich berückwunden, den Mißerfolg, den sie mit ihrer wochenlangen Anbahnung der Pressefreiheit erleben mußten, da-

durch weitzumachen, daß sie den Lebenswert des Zeitungswezens durch die Vernichtung seiner bürgerlich-wirtschaftlichen Grundlagen zu zerstören suchen. In der dem Vorstand, die geistige Arbeit des Journalismus von dem Druck des Unternehmertums zu lösen und die Presse gleichzeitig aus dem Dienst des Kapitalismus in den des Proletariats stellen zu wollen, verlangen sie die Sozialisierung des Zeitungswezens und planen die Schaffung eines Ankerzeitungsorgans; sie hoffen, die bedrängte Lage, in der sich die Regierung befindet, für ihre Projekte auszunutzen zu können und rechnen damit, daß sich die Regierung ihren Verdrängen widerstandslos willfährig erweisen werde. Ob dies der Fall sein wird und wie weit die gegen die Existenz der bayerischen Presse gerichteten Verdrängen in ihren Zielen wirklich gehen werden, das müssen die Verurteilten ersehen, die in diesen Tagen in dem neu errichteten Zentralwirtschaftsamt von der Regierung gepflogen werden.

Die mittelfränkischen Bauern gegen die Münchener Diktatur.

(Drohtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.) fr. München, 1. April. Nach dem Vorgang von Unterfranken haben nun auch die Bauern der bayerischen Mittelfranken die Diktatur abgelehnt und gefordert, daß München keine Diktatur stellen solle, andernfalls man der Frage der Fortsetzung Frankreichs von Bayern näher trete.

Der bayerische Ministerpräsident Hoffmann.

Der als sozialdemokratischer Abgeordneter im Jahre 1908 in den bayerischen Landtag und im Jahre 1912 als Vertreter des 6. württembergischen Reichstagswahlkreises (Kaiserslautern) auch in den Reichstag gewählt worden war, hat sein Mandat als erster Mitglied der Stadt Kaiserslautern, das er seit dem Jahre 1910 bekleidete, niedergelegt.

Der bayerische Landesbahndirektor

Beschäftigte sich am Montag mit der Frage der Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen. In der Ausdrucksweise wandten sich alle Redner gegen die Verstaatlichungsbill bei der Abgabe der bayerischen Eisenbahnen. Verkehrsminister Frauenhofer betonte, daß Bayern bereit sei, den Reichs-eisenbahnen zu helfen, aber auf der Weimarer Grundlage sei dies nicht möglich. Keinesfalls dürfe Bayern zur Abgabe seiner Bahnen gezwungen werden. Eine Vereinheitlichung der Eisenbahnen würde sich auch wieder die Erhebung der Eisenbahn-Großpreisen bringen. Am Schluß nahm der Eisenbahndirektor an, daß die Reichsregierung eine Entscheidung an, in der er sich mit einem einheitlichen Ausbau der deutschen Staatsbahnverwaltungen und mit einer Stärkung der Reichsregierung über die Reichseisenbahnen einverstanden erklärte und mit Entschiedenheit betonte, daß eine Lebensnahme der bayerischen Staatsbahnen auf das Reich nur im Wege des freien Verkehrs mit Zustimmung der bayerischen Volksvertretung stattfinden könne. Ferner erklärte er, daß er im anematischen Zeitpunkt wegen der politischen und wirtschaftlichen Wirren es für unangenehm halte, die so weittragende Frage an einem allseitig betriebenden Austausch zu bringen.

Keine Schulleräte in der Pfalz.

Die prägende Kreisregierung hat auf Veranlassung der pfälzischen Landesregierung die Schulleräte und Schulleratschulen in der Pfalz aufgehoben. Die entsprechenden Bestimmungen sind den Schulen bereits zugegangen.

Die deutsche Republik.

Aus dem 'Reichsanzeiger'. (Gäner Drahtbericht.)

Berlin, 1. April. Der 'Reichsanzeiger' veröffentlicht das Gesetz über die Bekämpfung der Reichsbau auf das Jahr 1918, ferner eine Verordnung über Erweiterung der Postbefähigungspflicht für die Zeit der wirtschaftlichen Notlage, eine Verordnung über die Rückgabe der 8 1/2 und 7 der Verordnung über die Rückgabe der aus Belgien und Frankreich entnommenen Maschinen vom 28. März 1919 verbleibenden Behältnisse und eine Verordnung über Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Anleihe durch die Hochspannungswerke in Augsburg.

Staatsminister Hoff.

Der von dem Posten als bayerischer Eisenbahnminister zurückgetreten ist, bleibt Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen und führt als solcher die Verhandlungen zur Übernahme der deutschen Staatsbahnen auf das Reich.

Bürgermeisterwahlen in Hamburg.

Der Hamburser Senat hat für das laufende Jahr den bisherigen ersten Bürgermeister v. Melle zum ersten Bürgermeister wiedergewählt und an Stelle des aus dem Senat ausgeschiedenen Dr. Schröder den Senator Stolten. Redakteur des Hamburger 'Echo', zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Das Sperrgesetz.

In bayerischen Kreisen hat sich seit Beendigung des Krieges ein Landhaushalt in einem Maße geltend gemacht, daß mehr und mehr für den Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken keine Aussicht mehr besteht, die die Grundstücke unwirtschaftlich belassen und damit beim Erwerb der Neuana befähigen, den Preis der erarbeiteten Lebensmittel noch weiter zu steigern. Ansehender ist dies bei Erwerbungen aus dem von Verkauf gelangenden Grundbesitz durch bisherige Käufer der Fall gewesen. Ueber diesen Zustand ist in der Presse und in schriftlichen Einreden an das Ministerium des Innern lebhaft Klage geführt worden, auch die von uns wiederholt erwähnte Interpellation der Abgeordneten Beneden und Genssen vom 22. Februar d. J. hat auf diese Verhältnisse hingewiesen und zu ihrer Beseitigung die Verhängung einer Verkaufssteuer in Anrechnung gebracht. Ferner findet sich auch in den Ständen infolge der Wohnnot eine stets steigende Nachfrage nach Grundbesitz und nach hier ein Stück der Presse, das die unruhigen hohen Mietpreise zu verzeichnen dreht. Die vorläufige Volksozialisierung hat daher an Verhängung dieser Mißstände der bayerischen Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Gesetz vom 6. Juni 1917 über den Verkehr von Grundstücken in der Reichs- und Landesgesetzgebung ändert. Nach dem Entwurf des Gesetzes ist zur Wirksamkeit der Verkäufe oder des Kaufes von Grundstücken, möge dies in athen oder städtische Gebieten, die Genehmigung des Bezirksamtes erforderlich ist.

1. wenn es sich um landwirtschaftliche Grundstücke im Rahmenabfall von mindestens 3 Hektar handelt, die innerhalb der letzten 3 Jahre aufkommen bewirtschaftet worden sind.

2. wenn es sich um landwirtschaftliche Grundstücke eines Gemarktes handelt, der einen landwirtschaftlichen Gesamtanbau von 30 Hektar oder mehr hat.

3. wenn es sich um bebauten oder um solche unbebauten Grundstücke handelt, die im Bereich eines öffentlichen städtischen Ortsbauplanes liegen.

Die der Privatwaldwirtschaft dienenden Grundstücke werden nach dem Gesichtspunkt wie landwirtschaftliche Grundstücke behandelt. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Verkäufer oder dem Umlauf keine Interessen der Allgemeinheit entgegenstehen. Von der Genehmigungspflicht sind solche Verkäufe und Tausche ausgenommen, die mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht an einen gesetzlichen Erben erfolgen. Auf das Eigentum des Staates und der Gemeinden findet das Gesetz ebenfalls keine Anwendung. Die verwaltungsgerichtliche Klage gegen die Verhängung der Genehmigung ist ausgeschlossen.

§ 4 des alten Gesetzes, nach dem dieses nur auf die Amtsbezirke der Kreise Konstanz, Waldshut und Mosbach Anwendung findet, wird aufgehoben.

Unter der vorläufigen bayerischen Regierung.

Die Vergeßlichkeit des Großgrundbesitzes und des Großkapitals.

Das Mittel der bayerischen Nationalversammlung, Stadtrat Dr. Dieb, veröffentlicht im 'Volkfreund' zwei Gesetzentwürfe zur Vergeßlichkeit des Großgrundbesitzes und des Großkapitals. Nach seinen Vorschlägen soll in dem Gesetz über die Vergeßlichkeit der Standesherren festgelegt werden: Die im Gebiet der bayerischen Republik noch bestehenden ehemaligen arthroskopischen, maritimen, fürstlichen und arthroskopischen Standesherrschaften: 1. Rindenberg, 2. Salz und Petershausen, 3. Rindenberg, 4. Leininger, 5. von der Lehen, 6. Löwenstein-Vertheim-Kreudenberg, 7. Löwenstein-Vertheim-Kreudenberg, 8. Leininger-Willand und 9. Leininger-Neudorf werden hierdurch mit sofortiger Wirkung zum Zweck der Vergeßlichkeit für die Allgemeinheit enteignet.

In dem Gesetz über die Vergeßlichkeit des nicht standesherrlichen Großgrundbesitzes und Großkapitals in Baden soll bestimmt werden, daß der im Gebiet des bayerischen Staates bestehende nicht standesherrliche Großgrundbesitz und Großkapital, soweit er ein Grundbesitzverhältnis von ... und ein Dauerbesitzverhältnis von ... einzuhalten aufkommen erreicht und nicht Eigentum öffentlich-rechtlicher Körperschaften ist, mit sofortiger Wirkung in das Eigentum des bayerischen Staates überträgt.

Aufhebung der Lehrer Räte.

Der Lehrer Arbeiter-, Bauern- und Volkerrat erklärte in einer am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung seine Aufhebung. In einer Entscheidung der Regierung wurde die Einhebung eines Volksrates auf Staatskosten verweigert. Der A., B. und C. Rat wird seine Gebärde unter dem Namen: Aufhebungsstelle des früheren A., B. und C. Rats weiterführen.

Verband der Beamten- und Lehrervereine.

Am Sonntag wurde im Rathsaal in Waldkirch ein Bezirksverband Waldkirch des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine gegründet. Von der Verbandseitung sprach Dietrich über Zweck und Ziele des Verbandes. Zum ersten Vorsitzenden wurde Oberlehrer Dr. Sauer gewählt.

Die 'Heidelberger Zeitung'.

eine in früherer Zeit sehr beachtete nationalliberale Zeitung, soll, Mittermengen zufolge, in andere Hände übergehen, wenigstens schwebt Verkaufsbhandlungen an eine bestimmte Parteigruppe, deren Politik recht von dem besser von dem Blatte befolgten demokratischen Politik orientiert ist.

Streik in Singen.

Am Dienstag vormittag sind in Singen a. S. die Arbeiter der Wittinswerke wegen Lohn-differenzen in den Ausstand getreten.

Letzte Nachrichten.

Ankunft der ostafrikanischen Frauen und Kinder in Berlin.

(Gäner Drahtbericht.)

Berlin, 1. April. Die gestern mit Sonderzug hier eingetroffenen ostafrikanischen Frauen und Kinder wurden am Lehrter Bahnhof vom Reichscolonialminister Dr. Bell, Gouverneur Dr. Schaefer und Frau Schaefer begrüßt.

Schneefall und Arbeitslose.

(Drohtmeldung unseres Münchener Korrespondent.) fr. München, 1. April. Seit Sonntag hat in München der härteste Schneefall seit Jahren stattgefunden. Die Höhe der Schneedecke beträgt circa 50 Zentimeter. Der Verkehr ist außerordentlich erschwert. Bei der Straßenreinigungsgesellschaft haben sich aber von den fast 20000 Arbeitslosen 12000 an dem 8. März 20000 Arbeitslosen, nur einige Hundert gemeldet.

Rückkehr aus der Türkei.

(Gäner Drahtbericht.)

Wilmshagen, 1. April. Mit dem Dampfer 'Aasard' sind 107 Offiziere, 242 Beamte und 1918 Mannschaften von Konstantinopel kommend heute abend in Wilmshagen einetroffen. Am Bord ist alles wohl bis auf einige Verletzte. Die Offiziere und Mannschaften werden am 3. April Wilmshagen mit der Bahn in die Heimat bzw. zu ihrem Truppenort verfahren. Bei Delaoland wurde der Dampfer von dem Torpedoboot S. 189 begrüßt.

Die ungarische Einwirkung auf Deutsch-Oesterreich.

Wien, 31. März. Seit dem seitigen Sonntag brodeln und heben es in allen bürgerlichen Vereinen und Organisationen, und je nach der Parteizugehörigkeit fürchtet man sich in der Öffentlichkeit oder spricht hegeswegs davon, daß die Anerkennung der Republik in Deutsch-Oesterreich eine Sache der allerersten Tages sei. Die sozialdemokratische Partei hält sich vorläufig in Schweigen, und ihr Organ hat auch heute Sonntag noch keine Verhältnisse über die am Sonntag stattgefundenen Versammlungen veröffentlicht. Vom höchsten Lande lauten Meldungen ein, daß die Bauernschaft sich die Bildung der Bauernräte ganz anders vorstellt als die Wiener Leiter der Arbeiterbewegung, sowohl im sozialdemokratischen wie im kommunistischen Lager, und daß die Nationalität für die Arbeiterbewegung nur dazu beitrage, den Ruf: Los von Wien! zu verhängen.

Temesvar und Dobrin von der Entente befehlt.

(Gäner Drahtbericht.)

h. Rotterdam, 1. April. Die 'Times' meldet aus Belgrad: Temesvar und Dobrin sind von starken Wehrkräften entsetzt worden. Bei Srebrenica wurden 1000 Kommunisten in die Nacht geschleudert. Die Allierten haben in den von ihnen befreiten Gebieten Unruhen die abgetriebenen kommunistischen Verwaltungen auf.

Türkische Reformvorschlüge.

(Gäner Drahtbericht.)

Bern, 1. April. Dem 'Temps' zufolge hat die Türkei dem englischen, dem amerikanischen, dem französischen und dem italienischen Oberkommissar in Konstantinopel eine Denkschrift überreicht, in der sie sich mit der freien Durchfuhr durch den Bosporus und die Dardanellen in Anrücksicht auf die russische und die griechische Bevölkerung auseinandersetzt.

Friedenszeiten einverhandelt erklärt. Ferner wird hinsichtlich nachgewiesen, daß in allen Bezirken des osmanischen Reiches die türkische Bevölkerung in der Mehrheit ist, und daß Griechen, Armenier, Juden usw. weitgehende Autonomie gewährt werden soll.

Afrikanischer Mais für Holland.

(Gäner Drahtbericht.)

Kapstadt, 1. April. Die südafrikanische Regierung schließt die Ausfuhr von 3000 Tonnen Mais nach Holland, um die dort herrschende Not zu lindern.

Demission der finnischen Regierung.

(Gäner Drahtbericht.)

Helsingfors, 1. April. Die finnische Regierung hat ihre Entlassung nachgelehrt. In dem Schreiben an den Reichsverweser begründet Staatsminister J. A. A. den Schritt damit, daß die Regierung, gestützt auf die Parteien des früheren Landtages, zu Stande gekommen sei, um die Neuwahlen durchzuführen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Landtages sei diese Aufgabe erfüllt. Der Reichsverweser ordnete die Einsetzung weiterer Maßnahmen gegen die Landesdelegation an.

Die französische Verfassung über den Freispruch Villains.

Berlin, 1. April. Das Urteil im Prozesse gegen Villain, den Führer von Neurath, empfinden die französischen Sozialisten als einen Vorstoß ins Gesicht. Es wird behauptet, die Lage derart, die das Urteil erfüllt haben, seien akzeptiert. Nur die 'Revue' ist das Urteil ein Gerüst, das wie kein anderes geeignet sei, die soziale Ordnung zu zerstören. Der 'Somme Libre' hält das Urteil nicht nur für einen Verstoß, sondern auch für einen schmerzhaften politischen Fehler von unabwehrbarer Tragweite. Die sozialistische Partei werde das mit betrauen können. Mit ihrer Lanamut sei es am Ende.

Am übrigen kommt auch in der bürgerlichen Presse die Meinung zum Ausdruck, daß dieser Freispruch ernste Folgen haben werde. Selbst der 'Temps' meint, daß eine Verurteilung eigentlich selbstverständlich gewesen wäre. Über, so fährt er hinzu, man müsse sich mit dem Freispruch abfinden. Auch der 'Neuhof Herald' nennt das Urteil unbearbeitlich, zumal nach der Verurteilung des Attentäters Cottin. Es sei nicht allein notwendig, Cottin zu bestrafen, sondern auch eine allgemeine Amnestie für politische Verbrecher zu erlassen.

Die englische Wehrpflichtbill.

London, 1. April. Unterhaus. Die Wehrpflichtbill wurde in dritter Lesung mit 282 gegen 64 Stimmen angenommen. Gegen die Bill stimmten die Mitglieder der Rechtspartei und die unabhängigen Liberalen.

Amsterdam, 1. April. Einer Neuntermeldung zufolge hielt Churchill in Unterhaus, bevor die Militärdienstbill zur Abstimmung kam, eine ausführliche Rede über die Notwendigkeit der Aufrüstung eines starken Heeres. Er sprach während der unerschütterlichen Zeit. An Ermüdung der Kritiker, daß die Kosten der englischen Aufwandsarmee zu hoch seien, sagte Churchill: Wenn man die von Deutschland für den Unterhalt der englischen Rheinarmee aufzubringenden 70 Millionen von der Gesamtsumme abzieht, so belaufen sich die Kosten für den Unterhalt der Aufwandsarmee im Jahre 1919 noch auf ungefähr 183 Millionen Pfund Sterling. Auf die Kritik, daß keine nationale Wehrpflicht für die Bill befände, erwiderte Churchill, daß, wenn England sich seiner militärischen Kraft beraube, es nicht die Macht besitzen würde, auch nur den geringsten Einfluß auf den Gang der Ereignisse in ganz Europa auszuüben. Churchill erklärte: Wegen der heillosen Schwierigkeiten britischer Soldaten in den dazwischen liegenden Jahren von Unruhen zu verhindern. Die Bill sei notwendig, selbst wenn Ausland überhaubt nicht bestände.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Wer tut's?

Den Anregungen von Professor Wilhelm folgend, haben jetzt auch ein Arzt und ein Volksschullehrer sich zur Sache der Neuordnung unseres Schulwesens geäußert. Es sei nun auch einem Vater das Wort gestattet. Nicht als ob ich einen der Herren berichtigten oder widerlegen wollte, sie haben leider nur sehr recht mit ihren Ausführungen; aber darauf hinweisen möchte ich, welcher Weg gegangen werden könnte, um wirklich zum Ziele zu gelangen. Zur Beurteilung die aus volkswirtschaftlichen, sozialen und ethischen Gründen erachtet werden muß. Und da scheint mir, es ist wohl recht gut, wenn sachkundige Herren durch Artikel anregen, aufklärend, bessernd wirken wollen, aber es genügt nicht. Es muß zunächst eine gründliche Aufklärungsarbeit in Fragen der Erziehung und Schule geleistet werden an denen, die es am meisten nötig haben, an uns Eltern. Das heißt einbringende und weit ausgreifende Arbeit durch Vortragsveranstaltungen, Besprechungsabende, auf geschriebene, befreiende, nicht so sehr polemische Aufsätze und ähnliches Interesse ist da; man betriebe es nur in richtiger Weise und die Früchte werden sich bald zeigen; die Eltern werden, sobald sie einmal eine richtige Einsicht in diese Dinge besitzen, die Schule mit anderen Augen als bisher betrachten; sie werden in überwiegender Mehrzahl zumeist bereit sein zur Mitarbeit an der Besserung der Schulverhältnisse, sie werden aber auch — und hier scheint mir der wichtigste Erfolg einer richtigen Aufklärungsarbeit zu liegen — fordern, und mit Recht fordern können, daß sie in allen Fragen, die ihr eigen Fleisch und Blut angehen, auch gehört werden, daß sie in gewissen natürlichen Grenzen mitbestimmen dürfen. Wo es sich um Wohl und Wehe ihrer Kinder handelt, daß in dieser Hinsicht auch ein Stück Freiheitsordern an unteren Schulbehörden geleistet werden muß, ist Schuld der Eltern allein. Mit Hochachtung und abweisendem Dank achte ich nicht mehr, auch in Schulangelegenheiten nicht. Man rede uns Eltern zu viel vor von unseren Elternpflichten, die Eltern gelassen, daß wir endlich auch von unseren Elternrechte einbreiten. Warum himmel ich der Aufklärung; Eltern heraus durchaus her. Aber wir können es allein nicht machen. Die Lehrer, Kerale und wer sonst noch dazu berufen ist, müssen uns zunächst unterrichten, damit wir uns ein Urteil bilden können. Professor Hellbach hat vier Vorträge über Volkserziehungstragen angesetzt; da und dort wird in Zusammenkünften positiver Kreise über solche Fragen vorgetragen, debattiert, vielleicht auch revolutioniert — aber Entscheidendes kann dabei nicht herauskommen, solange alle diese Arbeit verflüchtigt geleistet wird. Wer mag die Anamnenfassung? Führt uns Eltern, die mitreden, so ist die andere, die noch zu bequem und gleichgültig sind, und hämmert es allen, oben und unten, ein, daß unsere Anaben und Mädchen unter wertvollsten Gut sind, für die das Beste gerade gut genug ist! G. R.

Kunstwerke- u. Antiquitätenversteigerung

Am Montag, den 7. und Dienstag, den 8. April, nachmittags 2 Uhr, versteigern wir

im **HOTEL GERMANIA (Gr. Festsaal)**

wegen Abreise eine größere Anzahl (ca. 600 Nummern) aus

hochherrschaftlichem Besitze

stammende Gegenstände (Kunstwerke und Antiquitäten) aus

Fayence (Englisch, Süddeutsch, **Porzellan** (Alt-Weissen, Berlin, Nymphenburg, Siegburg), **Französisch** u. Englisch, darunter **Services, Figuren** und eine Sammlung **alter Tassen**), **Alt-Zinn** (Krüge, Schüsseln, Teller, Leuchter, Weih-Gefäße), **Silber, Gold** mit **Eissteinen**, **Elfenbein** (unter anderen einen ganzen mit **Silber montierten Elefanten-Zahn**, Dosen mit **Miniaturmalerei**, Schnitzereien), **Kristall**, altem geschliffenen **farbigem Glas, Bronze und Kupfer**. — Ferner ältere und moderne **Oelgemälde** (hierunter zwei **alte Portraits badischer Fürstlichkeiten**), kostbare antike **eingelegte Möbel**, einen großen, altrussischen **Gobelin**, eine antike **Standuhr** in reichgeschnitztem **Eichengehäuse**, alte orientalische **Waffen, Medaillen** und europäische **Waffen**, **Medaillen** usw.

Besichtigung: Samstag und Sonntag von 11-7 Uhr.

Eintrittskarten, die zum Besuche der Ausstellung und Versteigerung berechtigen, sind gratis in unserer Antiquariats-Abteilung Kaiserstr. 80 a erhältlich.

Müller & Gräff Karlsruhe.

Kaffee Bauor

Heute Mittwoch, 8 Uhr abends
Großes Sonderkonzert

der verstärkten Kapelle.
Leitung: Konzertmeisterin Toni Graner.

Programm.

1. Perpetuum mobile, Marsch . . . Blon.
2. Romanischer Walzer . . . Heinecke.
3. Vorspiel zu Meistersinger von Nürnberg . . . Wagner.
4. Masetto . . . Offenbach.
5. Vito spanischer Tanz . . . Popper.
6. Fantasie a. d. Op. Die Jüdin Solo für Cello. . . Halevy.
7. Berner Marsch . . . Schmeling.
8. Musikalische Täuschungen, Potpourri . . . Schreiner.
9. Brüderlein fein, Walzer . . . Fall.
10. Schlußmarsch.

PALAST-

Heute und folgende Tage

ResselOrla

in dem neuesten Film ihrer Serie 1918/19

Marionetten des Hasses

Schauspiel in 4 Akten.

Der Liebe und des Blutes Kraft

Drama in 4 Akten.

In der Hauptrolle der berühmte ungarische Filmstern

Ica von Lenkeffy.

Lichtspiele

Kreis & Möbner

Tel. 4142 Kaiser-Str. 51

empfehlen den Herren Messgerneitern von Karlsruhe und Umgebung ihre erhaltene Jagdmäntel gezielte Reparaturen für sämtliche Systeme von Messgerneitern, auch die ältesten Maschinen werden von uns schnellstens hergerichtet unter Garantie für tadelloses Arbeiten. Einbau von Ersatzteilen, Rodanlagen, Sadenrichtungen liefern und montieren von neuen Maschinen- und Transmissionsanlagen.

Spezialität: Gießanlagenbau nach eig. System. Umbau schlecht funktionierender Anlagen, Maßgenaue Anlagen. **Schlifferei für Holz- und Blechmesser.** Därme und Gewürze. **Schnellste Bedienung. Billigste Preise.**

Undichte und überdrehte **Wasserhähnen** werden bei **Wilh. Weiß, Blechnermeister,** Steinstraße 14. Tel. 4121. **sofortig repariert**

Residenz-Theater
Durlach.
Mittwoch, 2. bis 4. April 1919

Fünf Finger male!

Detectiv-Film in 4 Akten von Robert Richards.

Personen: James, Patterson, La Holm, eine Edith (jung. Halborienta), Meller Robert Reuter, Carl Privatsekretär b. Auen ein. Expedition

*** Ferd. Bonn.

Auf Erholung.

Lustspiel in 3 Akten. Verfasst u. inszeniert von **Gerhard Dammann.** In den Hauptrollen: **Gerhard Dammann.** und **Hausi Dege.**



Gartenbauverein Karlsruhe.

Mittwoch, 2. April d. J. abends 8 Uhr im Saal III Schrempf Monatsversammlung.

Heirat.

Bermünder Junggeheile, 41 J. alt, qual. sucht auf diesem Wege Dame waltend. Alters, welche Eifer an ausstehender Gattinrolle auf dem Lande hat, zwecks Heirat kennen zu lernen. Jac. Witwe mit 1 Kind nicht ansachlich. Nur ernstgemeinte Angebote unter freierster Berücksichtigung, ant. Nr. 14 im Landblattbüro erb.

Dachpappe Carbolineum
Stampfasphaltplatten
Zementplatten
Teerprodukte

liefert

Rhein. Asphalt- u. Zementplatten-Fabrik G. m. b. H.
Karlsruhe-Hafen.

Städtisches Konzerthaus

Mittwoch, den 2. April 1919.

Vorstellung des **Bad. Landestheaters.**
zu Einheitspreisen.

Maria Stuart.

Tragödie in fünf Akten von Schiller.

Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr

Karlsruhe - Eintrachtsaal

Freitag, den 4. April 1919, abends 7 1/2 Uhr.

Liederabend Helene JUNKER

Am Flügel: **Dr. Hermann Junker.**

Lieder von Schumann, Schubert, Schwanzara, Wolf Regler und Brahms.

Karten zu 5, 4, 3, 2, 50, 1, 50 Mk. im Vorverkauf in der Musikalien-**Fritz Müller,** Ecke Kaiserhandlung von **Waldstraße,** u. Waldstraße, Telefon 388, und an der Abendkasse.

COLOSSEUM DENGGS Bauerntheater.

Mittwoch, den 2. April 1919

Neu! „Der 7. Bua“ Neu!

Anfang 8 Uhr Bauern-Komödie in 3 Akten. Ende 10 Uhr.

Bachverein.

Zur Beachtung für die Mitglieder.

Den Mitgliedern werden zu der am **Karfreitag, den 18. April d. J.** stattfindenden **Auführung der Matthäuspassion** von **J. S. Bach,** wie dies auch bei der **Aufführung der „Schöpfung“** der **Fall** war, keine Plätze vorbehalten. Der hohen Veranstaltungskosten wegen müssen bei **Entnahme von Plätzen** in höherer Preislage **Platzgebühren** entrichtet werden; für Plätze zum **Preise von 2 Mk.** wird keine **Platzgebühr** erhoben. Es empfiehlt sich daher für die Mitglieder, sich **möglichst frühzeitig** gegen **Vorzeigen ihrer Mitglieds- und Beikarten** Plätze zu sichern. Das **Nahere** besagen die **Plakate** und **Konzertanzeigen** in den **Zeitungen.** **Der Vorstand.**

Rheinklub Alemannia Karlsruhe, e. V.

Bootschau Maxau.

Zu dem am **Sams- tag, 5. April, abends** **pünktlich 8 Uhr,** im **Festsaal des Hotels „Friedrichshof“** stattfindenden

Unterhaltungs-Abend

laden wir unsere verehrl. Mitglieder mit der **Bitte** um **zahlreiches Erscheinen** ergebenst ein.

Einführung von **Gästen** gerne **gestattet.**

Der Vorstand.

Residenz-Theater
Waldstraße.
Mittwoch, d. 2. bis einschl. Freitag, den 4. April 1919

Das Himmelschiff

Zukunftsroman in sechs Abteilungen mit

Gunnar Tolnaes

und

Lilly Jacobson

Das **Himmelschiff** ist ein Versuch, auf dem **Wege der Phantasie,** den **Zukunfts- problemen** vorzugreifen, welche sich **früher** oder **später** dem **Menschengeist** aufzwingen werden. Der **Sternenhimmel,** der seit **Ja- rtausenden** die **Gedanken** der **Menschen** beschäftigt, scheint **heute** noch **unerreich- bar** fern. Aber wenn der **Planet** welchen wir **bewohnen,** in des **Wortes** strengster **Bedeutung** seinen **Geschöpfen** zu **eng** geworden ist, werden **ihnen** **Flügel** wachsen, und sie werden den **Weg** zu den **Gestirnen** finden, welche der **Welt** am **nächsten** sind. **Entdeckungen** tausend- fach **größer** als die, welche uns **bisher** **beschieden** waren, werden das **Leben** dann **umgestalten.** **Rätsel,** tausendfach **geheimnisvoller** als die, welche wir **bisher** **lösten,** werden sich dann dem **Forscher- geist** erschließen.



Hellmico
Alkohol- freies
zur Pflege bei **Schuppen, Haarausfall, mangelhaftem Haarwuchs** empfiehlt sich durch seine bewiesenen **Erfolge.**
Goldene Medaille Dresden 1912.
Hellmico-Haarwasser, gr. Fl. M. 4.—
Haarcrem, gr. Dose „ 4.50
bei
H. Bieler, Parfümerie- laden
Kaiserstraße 223
zwischen Douglas- und Hirschstraße.
Versand nach auswärts unter **Nachnahme.**

Große Auswahl in Schlafzimmer

Mahagoni Eiche Nußbaum



Speise- und Herrenzimmer, Küchen
Vorteilhafte Preise!

Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe 32 Kronenstraße 32

Gekaufte Möbel werden kostenlos zurückgestellt.

Oskar Decker

Perückenmacher und Damen-Friseurgeschäft
Kaiserstr. 32
Tel. 1363.

Vorzügl. Damenkopfwaschen mittelst feinsten Seife und angenehmer Haar- trocknung.
Ondulation, Fingernagelpflege.
Haarnetze, Haarschmuck, Parfümerien.
Spezialität: **Moderna Haararbeiten,** wie: **ondulierte Locken, Puffen, Strähnen, Zöpfe** etc.

Maxim

Vornehmstes Weinrestaurant
Herrenstr. 16. am Platze. Telefon 419.

Teehaus Rondellplatz

feinstes Familienkaffee am Platze.

Jeden Abend und Sonntag nachmittag **Künstler-Trio** von **Bretschger.**

Die **Auto- u. Wagenladiererei**
Friedrich Klöpfer
Sofienstraße 137

ist heute unter **Nr. 1969** an das hiesige Fernsprechnetz angeschlossen worden.

Kammwaren:

Frisierkämme
Staubkämme
Seitenkämme
Ziorkämme
Spangon und Nadeln
empfehlen

H. Bieler

Parfümerieladen
Kaiserstraße 223
zwischen Douglas- u. Hirschstr.

Welt-Kino

Kaiserstraße 133.

Nur noch 3 Tage **Mittwoch, Donnerstag, Freitag.**

Alleiniges Erstaufführungsrecht

Der große Aufklärungsfilm:

Frauen . . . die der Abgrund verschlingt.

Die Tragödie einer Unwissenden in 5 Akten.



Residenz-Theater.

Schillerstraße.

Mittwoch, den 2., bis einschl. Freitag, den 4. April.

Erstaufführung!

Opfer der Gesellschaft

Drama in 5 Akten.

Konrad Veidt.

Teddy hat einen Nervenanstfall

Filmhumoreske mit

Paul Heidemann.

